

# Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

## Kartarpur Korridor

Am 28. November 2018 legte Premierminister Imran Khan den Grundstein für den Kartarpur-Korridor, zwei Tage nach der Grundsteinlegung in Indien. Der etwa sechs Kilometer lange Korridor soll die Sikh-Schreine Dera Baba Nanak Sahib und Gurudwara Darbar Sahib Kartapur im indischen und pakistanischen Teil Pandschabs miteinander verbinden und Sikh-Pilgern einen visafreien Durchgang ermöglichen. Die Fertigstellung ist vor dem 550. Jahrestag der Geburt von Guru Nanak (1469-1539) am 29. November 2019 geplant. Kartarpur (wörtlich: Ort Gottes) wurde von Guru Nanak selbst gegründet. Dort lebte die erste Sikh Gemeinde. Der Gurudwara Darbar Sahib Kartapur markiert den Sterbeort Guru Nanaks. Der Gurudwara war von 1947 bis 2003 für Sikhs gesperrt und wurde als Stall für Vieh genutzt, erst 2003 begannen Renovierungsarbeiten durch pakistanische Behörden. Narendra Modi verglich die Initiative zum Kartarpur Korridor mit dem Fall der Berliner Mauer. Trotz der jüngsten Spannungen zwischen beiden Ländern soll das nächste Planungstreffen zum Korridor zwischen indischen und pakistanischen Entscheidungsträgern Mitte März wie geplant stattfinden.

## TLP-Chefs weiterhin inhaftiert

Gegen die am 23. November 2018 in Gewahrsam genommenen Anführer der TLP-Partei (*Tehrik e Labaik Pakistan*) wurde am 1. Dezember Anklage wegen aufrührerischer Aktivitäten und Terrorismus erhoben. Sie befinden sich seitdem in Untersuchungshaft. Anträge auf Freilassung gegen Kautions wurden im Februar vom Anti-Terror-Gericht abgelehnt.

## Schwarze Liste: Verletzungen der Religionsfreiheit

Am 12. Dezember gab US-Außenminister Pompeo die Aufnahme Pakistans in die Schwarze Liste der Länder bekannt, denen systematische, andauernde und schwere Verstöße gegen die Religionsfreiheit vorgeworfen werden. Die Liste wird jährlich von der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF) erstellt und umfasst aktuell zehn Länder, Pakistan erstmalig. Die Regierung in Islamabad wies die Listung empört als politisch motiviert zurück und empfahl den USA, über den Anstieg der Islamophobie in Europa und Nordamerika zu reflektieren.

## Sündensteuer scheitert

Pakistans Gesundheitsminister Kiani versprach Anfang Dezember die rasche Einführung einer Sündensteuer auf Tabakprodukte und gezuckerte Getränke. Am 21. Februar lehnte das Kabinett seinen Antrag allerdings ab.

## Sozialstaat

Imran Khan versprach im Wahlkampf den Aufbau eines Sozialstaates nach dem Vorbild des Fürstentums Medina (*Riyasat-e Madina*) zur Zeit des Propheten Muhammad. Die zwei Leitprinzipien seien Wohlfahrt und Gerechtigkeit (etwa Kampf gegen Korruption). Am 18. Dezember beauftragte er den Parlamentarier Fatyana, diesbezüglich einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten. Die Regierung verwarf Anfang Februar die erste Empfehlung des Rates für Islamische Ideologie, die eine finanzielle Unterstützung für Pilger nach Mekka und Medina forderte. Die Pilgerfahrt sei nur für diejenigen Muslime vorgeschrieben, die sie sich finanziell leisten können, so die Regierung, die entsprechende Gelder andernorts effizienter zur Förderung des Gemeinwohls einsetzen möchte. Ende Februar versprach ein Minister den Bau von 2,5 Millionen Sozialwohnungen oder -häusern. Dieses Jahr soll mit dem Bau von insgesamt 500.000 Sozialhäusern begonnen werden, im Juni soll im Pandschab der Bau von 100.000 solcher Häuser starten. Sie sollen zum günstigen Preis von 500.000 Rupien (etwa 3200 Euro) an Familien ohne Eigenheim verkauft werden.

## British Airways fliegt wieder nach Pakistan

Ab Juni 2019 startet *British Airways* wieder Direktflüge von London nach Islamabad. Der Flug wird zunächst dreimal wöchentlich angeboten. Im September 2008 hatte *British Airways* nach dem Anschlag auf das Marriott Hotel in Islamabad sämtliche Flüge nach Pakistan wegen Sicherheitsbedenken eingestellt, ebenso die Lufthansa im Oktober 2008: Anfang Januar 2019 gab die Lufthansa bekannt, dass sie über die Wiederaufnahme von Flügen nach Pakistan nachdenke.

## Fitch wertet Pakistan ab

Die Rating-Agentur Fitch hat Mitte Dezember die Bewertung der langfristigen Fremdwährungsverbindlichkeiten Pakistans von B auf B- abgewertet. In den nächsten drei Jahren hat Pakistan jährlich etwa acht Milliarden US-Dol-

lar an Schuldendienst zu leisten. Ansonsten bekräftigt Fitch den stabilen Ausblick für Pakistan und schätzt die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts im Finanzjahr 2019 auf 4,2 Prozent (5,8 Prozent in 2018) und die Inflation auf 7 Prozent (3,9 Prozent in 2018).

### Finanzspritze aus Emiraten

Am 21. Dezember verkündete der *Abu-Dhabi*-Entwicklungsfonds die Einzahlung von drei Milliarden US-Dollar in die Staatsbank Pakistans zur Stabilisierung der Währungsreserven des Landes. Kronprinz Muhammad bin Zayed Al Nahyan erklärte bei seinem Besuch in Islamabad im Januar außerdem einen Zahlungsaufschub für Öllieferungen im Wert von 3,2 Milliarden US-Dollar.

### Saudis investieren in Öltraffinerie

Am 17. Februar unterzeichnete der saudische Kronprinz Muhammad bin Salman während seines ersten Staatsbesuches als Kronprinz in Islamabad Verträge über Investments im Umfang von insgesamt bis zu 20 Milliarden US-Dollar (allerdings deutlich weniger als er drei Tage später in Indien zu investieren bereit war). Zehn Milliarden davon sind für den Aufbau einer Öltraffinerie in Gwadar, 70 Kilometer von der iranischen Grenze, in den nächsten drei bis fünf Jahren vorgesehen. Zusätzlich ordnete der Kronprinz die sofortige Freilassung von 2107 pakistanischen Inhaftierten (von etwa 3000) aus saudischen Gefängnissen an.

### Abschuss zweier indischer Kampffjets

Am 26. Februar flog die indische Luftwaffe einen Angriff auf ein Terrorcamp der *Jaish-e Muhammad* (Armee Muhammads) bei Balakot in der pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa. Dies galt als Vergeltung für den terroristischen Anschlag eines radikalislamischen Selbstmordattentäters im von Indien kontrollierten Kaschmir-Distrikt Pulwama am 14. Februar, bei dem 40 indische Sicherheitskräfte getötet wurden. Nach Angaben des indischen Außenministeriums richtete sich diese Präventivaktion nicht gegen Pakistan, sondern ausschließlich gegen *Jaish-e Muhammad*, die sich in einer Videobotschaft zum Anschlag in Pulwama bekannt und weitere Selbstmordattentate angekündigt hatte. Unklar bleibt bislang, ob die lasergelenkten Bomben ihr Ziel erreichten oder verfehlten. Nach pakistanischen Angaben war letzteres der Fall, so dass bei diesem ersten Luftangriff aus Indien auf pakistanischem Territorium seit 1971 niemand verletzt wurde. Dennoch bombardierte Pakistan als Vergeltung am 27. Februar mehrere Wiesen im indisch kontrollierten Teil Kaschmirs und schoss

zwei indische Kampffjets in Grenznähe ab. Ein indischer Pilot geriet in pakistanische Gefangenschaft. Der Pilot wurde am 1. März an indische Behörden übergeben.

### Paris warnt Pakistan bezüglich Terrorfinanzierung

Die multinationale Arbeitsgruppe für finanzielle Maßnahmen FATF (*Financial Action Task Force*) mit Sitz in Paris hat den Druck auf Pakistan nach einem Treffen Ende Februar deutlich erhöht. Pakistans Fortschritte bei der Eindämmung der Finanzierung von Terrorismus wurden für nicht ausreichend befunden: Für 2018 wurden in Pakistan 8707 verdächtige Finanztransaktionen gemeldet, was einem Anstieg um 57 Prozent im Vergleich zu 2017 entspricht. Allein im Januar und Februar 2019 wurde über weitere 1136 verdächtige Finanztransaktionen berichtet. Gegen sechs Banken wurden Geldstrafen verhängt, gegen 109 Bankangestellte wurden Ermittlungen eingeleitet. Sollten entsprechende Fortschritte weiterhin ausbleiben, könnte Pakistan im September 2019 auf die Schwarze Liste gesetzt werden, auf der gegenwärtig nur Nordkorea und Iran stehen.

### Masood Azhar

Der UN-Sicherheitsrat beschäftigt sich zum vierten Mal in zehn Jahren mit der Frage, ob Terrorchef Masood Azhar, Anführer und Gründer der radikalislamischen Terrorbewegung *Jaish-e Muhammad*, als globaler Terrorist einzustufen ist. Der Antrag erfolgt dieses Mal seitens Frankreichs, Großbritanniens und der USA und wird von Russland unterstützt. China hat allerdings am 13. März darum gebeten, die Abstimmung über den Antrag aufzuschieben.

### Vorgehen gegen Terrororganisationen

Die Regierung Pakistans verkündete am 5. März ein Verbot der Terrorbewegung *Jamat ud-Dawa* und ihrer *Falah-e Insanyat Foundation* und damit die Umsetzung einer UN-Resolution des Sicherheitsrates, das innerhalb von 24 Stunden in Kraft tritt. Mufti Abdul Raof und Hamad Azar, Sohn und Bruder von Masood Azhar, wurden neben 42 anderen Mitgliedern von Terrororganisationen für weitere Untersuchungen in Sicherheitsverwahrung genommen. Einige dieser Personen sind in einem Dossier Indiens über den *Pulwama*-Anschlag aufgeführt. Die pakistanische Regierung betont jedoch die Unabhängigkeit ihrer Entscheidungen. Weiterhin berechtigt eine Verfügung des UN-Sicherheitsrates die pakistanische Regierung zur Einfrierung und Inbesitznahme von Vermögen von Individuen und Organisationen, die der Sicherheitsrat als terroristisch einstuft, hieß es aus dem Innenministerium.